

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Juli 2015

– Drucksache 15/7122

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Juli 2015 – Drucksache 15/7122
– Kenntnis zu nehmen.

09. 07. 2015

Die Berichterstatterin:

Rita Haller-Haid

Der Vorsitzende:

Thomas Funk

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung Drucksache 15/7122 in seiner 35. Sitzung am 9. Juli 2015.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Abgeordneten im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Abg. Rita Haller-Haid SPD schlug vor, über den Bericht über aktuelle europapolitische Themen wie üblich in einer Plenarsitzung zu diskutieren. Sie äußerte, der Bericht stelle die mannigfachen Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Europapolitik umfassend dar, wofür sie der Regierung einen Dank ausspreche.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU teilte mit, diesem Verfahrensvorschlag könne er sich zum größten Teil anschließen. Allerdings hielt er es für unangebracht, über die derzeitigen Entwicklungen in Bezug auf Griechenland und die diesbe-

züglichen großen Schwierigkeiten erst in ein paar Wochen zu beraten. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, sich politisch zu artikulieren, zumal es um das zentralste Thema der Europäischen Union gehe.

Er verzichte darauf, nun auf Punkte wie Burundi und Migration einzugehen; darüber könne im Plenum beraten werden. Bezogen auf Griechenland gehe er mit dem vorliegenden Bericht nicht völlig konform, sodass er sich in dieser Ausschusssitzung gern dazu äußern würde.

Vorsitzender Thomas Funk erklärte, er halte diesen Wunsch auch insofern für legitim, als erst nach der Sommerpause im Plenum über den Bericht über aktuelle europapolitische Themen beraten werden. Sofern sich kein Widerspruch erhebe, werde in der heutigen Ausschusssitzung zumindest jeder Fraktion die Möglichkeit eines Statements zu den Entwicklungen in Bezug auf Griechenland eingeräumt.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU teilte mit, er hätte es für angemessen gehalten, wenn in der kommenden Woche im Plenum über den vorliegenden Bericht über aktuelle europapolitische Themen gesprochen würde. Denn dann würde dieser Bericht zeitnah und nicht erst nach der Sommerpause behandelt, zumal dann bereits der nächste Bericht über aktuelle europapolitische Themen beraten werden könne.

Grundsätzlich begrüße er es, wenn der Landtag in kürzeren Abständen europapolitische Themen bespreche. Gerade bei den Entwicklungen, die Griechenland betreffen, zeige sich, wie schnell Ereignisse aufeinanderfolgten.

Neben dem Thema Migration werde die europäische Agenda derzeit ausschließlich von den Entwicklungen bezogen auf Griechenland bestimmt. Die Thematik sei auch das Stichwort „Europa am Scheideweg“ betreffend ernst.

Griechenland habe in den vergangenen Jahren von den internationalen Geldgebern mittels mehrerer Hilfspakete über 230 Milliarden € erhalten. Deutschland bürge für 60 bis 80 Milliarden €.

Am vergangenen Sonntag habe in Griechenland ein Referendum über Reformen stattgefunden. Er halte es für vernünftig, dass die Landesregierung vor der Fertigstellung des Berichts über aktuelle europapolitische Themen den Ausgang dieses Referendums abgewartet und darüber im Bericht informiert habe. Wie das Staatsministerium die Griechenland-Krise in diesem Bericht dargestellt habe, sei in Ordnung.

Längere Verhandlungen mit Griechenland seien seines Erachtens nicht erforderlich. Seit Jahren werde eine Insolvenz Griechenlands verschleppt. Es sollte nach dem Prinzip „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ verfahren werden.

Die Griechen hätten das Angebot, das die Europäische Union unterbreitet habe, abgelehnt. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ klug kommentiert habe, müsse der Willen der Griechen akzeptiert werden. Auch sollte der Willen der 18 Geberländer erfragt, berücksichtigt und subsumiert werden.

Das Gipfeltreffen am kommenden Wochenende sollte einen Schlusstrich ziehen. Wenn die Hängepartie der letzten fünf Jahre fortgesetzt würde, nähmen in Gesamteuropa die Akzeptanz und das Vertrauen in die Europäische Union Schaden. Im Sinne der Rechtsstaatlichkeit müssten die Regeln akzeptiert werden.

Es könne nicht sein, dass Griechenland als einziges Land Reformen ablehne, obwohl alle Mitgliedsstaaten Solidaritätsbeiträge leisteten und auch harte Reformen durchführten. Insofern handle es sich auch um Gerechtigkeitsfragen und befinde sich die Europäische Union an einem Scheideweg. Das Vertrauen und die Akzeptanz in die EU würden darunter enorm leiden. Es könnten nicht stetig zahlreiche Versprechen gemacht, aber kein einziges gehalten werden. Es dürfe nicht kontinuierlich weiterverhandelt werde und dürften nicht immer neue Hilfsprogramme aufgelegt werden. Vielmehr müssten die EU-Regierungschefs am kommenden Wochenende Lösungen finden, die das Vertrauen wieder stärkten und die Hängepartie beendeten. Der Realität müsse ins Auge gesehen werden.

Die Europäische Union sei eine Gemeinschaft des Rechts. Die Stärke und die Ausstrahlungswirkung der Europäischen Union seien auch durch diese Gemeinschaft des Rechts dokumentiert. Auch vor diesem Hintergrund dürfe nicht ein Staat bei gemeinsamen Vereinbarungen stetig ausscheren.

Es stehe außer Frage, dass Griechenland beispielsweise historisch ein wichtiges Mitglied der Europäischen Union und auch der Eurozone sei. Eine Währungsunion könne nur existieren, wenn die Teilnehmer die Regeln einhielten. Dies sei aus seiner Sicht alternativlos.

Abg. Josef Frey GRÜNE äußerte, das Staatsministerium erwähne in dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat einen Antrag zur EU-Migrationsagenda eingebracht habe. Er bitte darum, dem Ausschuss diesen Antrag zeitnah zur Verfügung zu stellen. Er würde es begrüßen, wenn in Zukunft in ähnlichen Fällen beispielsweise anhand einer Drucksachennummer oder eines Links spezifiziert würde, um welchen Antrag es sich handle.

Ein Vertreter des Staatsministeriums sagte dies zu.

Abg. Josef Frey GRÜNE fuhr fort, er sei der Landesregierung dankbar, dass sie, wie der vorliegende Bericht zeige, den humanitären Aspekt mit in die Diskussion bringe. Falls es in Griechenland zu sozialen Unruhen komme, trügen dafür neben der griechischen Regierung auch die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister Verantwortung.

Mit den Zahlungen in Milliardenhöhe an Griechenland seien vor allem international und auch in Deutschland Banken gerettet worden. Die kombinierte Austeritätspolitik, die in Griechenland Wirtschaftswachstum verhindert habe, habe das Übrige dazu beigetragen, dass Griechenland mit „Bad Governance“ am Boden liege. Insofern trage Deutschland eine Mitverantwortung, der es sich zu stellen gelte.

Verhandlungen seien aus der Sicht der Grünen sinnvoller als eine einseitige Politik, die von Griechenland eine Kürzung der Sozialausgaben und eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf 23 oder 24 % fordere. Eine Mehrwertsteuererhöhung treffe nicht die Reichen, sondern vor allem Personen mit wenig Geld. Kein Staat hätte mit einem guten Gewissen einem solchen Paket zustimmen können. Insofern habe er Verständnis dafür, dass 60 % der Griechen dieses Paket abgelehnt hätten.

Die Politik benötige die Fähigkeit, diese Angelegenheit verantwortungsvoll und differenziert zu betrachten. Einseitige Schuldzuweisungen auch zulasten der griechischen Bevölkerung seien nicht sinnvoll.

Abg. Rita Haller-Haid SPD legte dar, sie widerspreche der Interpretation, die der Abgeordnete der CDU zum Ausgang des Referendums in Griechenland vorgetragen habe. Die Griechen hätten sich nicht für einen Ausstieg aus der Europäischen Union oder aus dem Euro entschieden. Alle Umfragen zeigten, dass die Griechen einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone befürworteten. Griechenland könne die Maßnahmen, die in den letzten Jahren über diesen Staat hereingebrochen seien, und die steigende Massenarbeitslosigkeit nicht mehr ertragen. Die Jugendarbeitslosigkeit liege inzwischen bei mehr als 60 %.

Das Ergebnis des Referendums sei ein deutliches Zeichen, dass sich die Politik der Europäischen Union ändern müsse. Es könne nicht angehen, dass Maßnahmen ergriffen würden, die die Verschuldung in Griechenland an sich erhöhten, und dass dem niemand Einhalt gebiete. Die Griechen hätten sich in diesem Referendum für ein Ende dieser falschen Politik ausgesprochen.

Sie begrüße es, dass die Bundeskanzlerin Anstrengungen unternehme, Griechenland in der Europäischen Union zu halten. Es werde eine Reformpolitik benötigt, die Veränderungen herbeiführe, die die Wirtschaft in Gang bringe und den Staat aufbaue, woran es Griechenland in der Tat fehle.

Die griechische Vorgängerregierung habe zwar mit der Troika verhandelt, die zugesagten Schritte jedoch nicht vollzogen. Hier seien die Regeln, deren Beachtung der Abgeordnete der CDU angemahnt habe, nicht eingehalten worden.

Für Griechenland müssten Reformen vorgesehen werden, die dort tatsächlich umgesetzt werden könnten und die in eine andere Richtung wiesen. Dies stehe wohl im Fokus der Verhandlungen.

Abg. Niko Reith FDP/DVP legte dar, er gebe dem Abgeordneten der CDU insofern recht, als es in den letzten Monaten bzw. Jahren in gewisser Weise zu einer Insolvenzverschleppung gekommen sei. Aus seiner Sicht (Redner) sei das Referendum nicht notwendig gewesen, da die griechische Regierung mit ihrem eindeutigen Programm erst vor wenigen Monaten gewählt worden sei. Die Durchführung des Referendums habe zudem eine Verzögerung bewirkt.

Da die Vorschläge der Europäischen Union abgelehnt worden seien, hätte Griechenland selbst ein Konzept zur Lösung des dortigen Dilemmas vorlegen müssen. Griechenland sei eindeutig am Zug. In der Tat sei ein Austritt aus dem Euro nicht Gegenstand des Referendums gewesen. Das negative Votum habe jedoch gewisse Folgen. Allein deshalb wäre es angebracht, dass Griechenland Alternativvorschläge mache.

Insbesondere die baltischen Staaten sähen das Vorgehen in Bezug auf die Griechenland-Krise in gewisser Weise kritisch. In diesen Staaten liege das Durchschnittseinkommen 10 % unter dem Mindestlohn, der in Griechenland gelte. Die baltischen Staaten hätten den ersten beiden Hilfspaketen zugestimmt. Ihnen wäre es schwer zu vermitteln, wenn bedingungslos weitere Gelder nach Griechenland fließen müssten.

Er gebe zu bedenken, dass Kredite, die Unternehmen oder Privatpersonen gewährt würden, gekündigt würden, wenn die Raten nicht mehr gezahlt werden könnten. Im Falle Griechenlands erfolge dies bislang nicht, könne jedoch nicht mehr lange abgewartet werden.

Dass auf die humanitäre Situation geachtet werden müsse, sei richtig. So gehe es auch aus dem Bericht über aktuelle europapolitische Themen hervor.

Nun müssten die Ergebnisse des Europäischen Rats am kommenden Wochenende abgewartet werden. Zudem müssten polemische und populistische Äußerungen beendet werden, um wieder sachlich zu diskutieren.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE trug vor, in den Diskussionen über die Griechenlandkrise mangle es an Ziel- und Lösungsorientierung. Auch die Folgen in den Bereichen Finanzen und Sicherheit würden nicht ausreichend bedacht. Er halte die gegenwärtigen Diskussionen nicht für zielführend.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU führte aus, Griechenland werde nicht in der Eurozone bleiben können. Was in Bezug auf Griechenland als Umschuldung verstanden werde, sei ein Hinausschieben auf mehrere Jahrzehnte.

Es bestehe Einigkeit, dass aus dem Haushalt der Europäischen Union humanitäre Hilfe zu leisten sei. Diese Hilfe müsste bei einem Ausstieg Griechenlands weiter intensiviert werden.

Eine Mitschuld bestehe insofern, als auf die Schwierigkeiten viel zu lange nicht reagiert worden sei. Es sei klar gewesen, dass die Einführung des Euro in Griechenland letztendlich zu Schwierigkeiten führen würde. Griechenland sei zu einem Zeitpunkt Mitglied der Eurozone geworden, als es seine Währung in jedem Jahr um etwa 10 % gegenüber der D-Mark abgewertet habe. Mit der Einführung des Euro habe Griechenland seine Währung nicht mehr abwerten können.

Zudem habe Griechenland ungeheure Summen an Geld erhalten. Hier bestehe auch eine Mitschuld Deutschlands. Wenn die Kapitalmärkte von der Einhaltung der No-Bailout-Klausel überzeugt gewesen wären, hätten sie Griechenland nicht zu so günstigen Konditionen Kredite gewährt. In der Tat sei die No-Bailout-Klausel nicht eingehalten worden und hafteten Mitgliedsstaaten für ihre Schulden teils gegenseitig. Im Übrigen hätten Deutschland und Frankreich 2003 als erste Staaten die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten.

Seit Griechenland den Euro eingeführt habe, seien die Durchschnittseinkommen in diesem Land um 50 bis 60 % gestiegen. In der gleichen Zeit hätten sich die Durchschnittseinkommen in Deutschland um 3 bis 4 % erhöht. Diese Entwicklung in Griechenland sei möglich gewesen, da es sich im Ausland verschuldet habe. Auch Volkswirtschaften könnten nicht über ihre Verhältnisse leben. Neben dem Staat hätten sich in Griechenland auch die Privatpersonen und die Wirtschaft verschuldet.

Auch bei einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone müsse dieser Staat unbedingt in der Europäischen Union bleiben.

Wenn nicht insbesondere auf die humanitären Verhältnisse geachtet werde, komme es in Griechenland zu einer Katastrophe. Auch Hunger werde die Folge sein.

Griechenland müsse aus dem Euro austreten und eine Parallelwährung einführen. Unter entsprechenden Voraussetzungen könnte Griechenland den Euro nach einer gewissen Zeit wieder einführen.

Ludwig Erhard habe den folgenden Ausspruch geprägt:

Eine freie Wirtschaft braucht einen starken Staat.

Ein solcher Staat müsse auch für die Einhaltung der Bedingungen sorgen. Darüber bestehe wohl Einigkeit.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU erklärte, er vertrete die Ansicht, dass Griechenland im Euro verbleiben und dass ein neues Hilfspaket aufgelegt werden sollte. Allerdings seien andere Kriterien festzulegen. Eine Mehrwertsteuererhöhung und Rentenkürzungen dürften nicht zu Kriterien werden, da dies unchristlich und falsch wäre; dies träfe den einfachen Bürger. Griechenland könne allerdings vorgeworfen werden, dass die Reeder keine Steuern zahlten, es kein Steuerverwaltungswesen und kein Katasterwesen gebe und das Renteneintrittsalter sehr niedrig sei. Hier müssten seitens der Europäischen Union klare Vorgaben gemacht werden, um die Volkswirtschaft in Gang zu bringen. Griechenland habe seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Insbesondere die Steuerbefreiung für Reeder sei auch ein beihilferechtliches Problem, das auch vonseiten der Europäischen Union nie kritisiert und angegangen worden sei.

Griechenland könnte sich wohl selbst retten, wenn es z. B. die Militärausgaben reduzieren würde. Die griechischen Militärausgaben seien die zweithöchsten Militärausgaben in Europa. In solchen Bereichen entstünden Kosten; sie nützten jedoch nichts.

Griechenland belaste stets die einfachen Bürger mehr, was ihm (Redner) missfalle. In Griechenland werde geglaubt, dass es für die einfachen Bürger Hilfspakete geben werde, sodass man sich um diese nicht kümmern müsse und die Milliardäre verschont blieben. Dies sehe er als das falsche Konzept an.

Ein drittes Hilfspaket für Griechenland könne aufgesetzt werden, wenn die europäischen Standards umgesetzt würden. Diese Kriterien zu erfüllen schaffe Griechenland nicht allein, sondern wäre nur durch eine Art Zwangsverwaltung durch die Europäische Union zu erreichen. Er hielte es für töricht, wenn Strafzahlungen als Rechtsfolge für die Nichteinhaltung der Maastricht-Kriterien eingeführt würden. Die Einhaltung der Kriterien in Griechenland sei nur sinnvoll, wenn eine Zwangsverwaltung durch die Europäische Union eingerichtet werde.

Abg. Rita Haller-Haid SPD teilte mit, vieles von dem, was Abg. Stratthaus angesprochen habe, treffe bedauerlicherweise nicht allein auf Griechenland zu. Angesichts der Krise in Griechenland könnte es in Kürze zu einer Zweiteilung der Europäischen Union kommen.

Wenn Griechenland den Euro verlasse, profitierten diejenigen Griechen, die ihr Geld im Ausland angelegt hätten. Solche Folgen müssten abgewogen werden, was in den jetzigen Verhandlungen erfreulicherweise erfolge.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU warf ein, schuld an den mangelnden Kapitalverkehrskontrolle sei die griechische Regierung und nicht die Europäische Union oder Deutschland.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU trug vor, Griechen, die Schulden in Euro hätten, seien die absoluten Verlierer dieser Krise.

Eine Vertreterin des Staatsministeriums erklärte bezogen auf die Europäische Migrationsagenda, Baden-Württemberg habe im Europaausschuss des Bundesrats einen Antrag zur EU-Migrationsagenda eingebracht, der die Anliegen der Ministerpräsidentenkonferenz die EU-Ebene betreffend aufgreife. Damit solle die Europäische Kommission in ihrem Versuch unterstützt werden, zu gerechteren Verteilungsschlüsseln zu kommen. Dieser Antrag sei mit Blick auf den Europäischen Rat am 25. und 26. Juni 2015 eingebracht worden. Es habe sich abgezeichnet, dass es keine Mehrheit für die Einführung von festen Verteilungsquoten geben würde. Zum anderen sei wichtig gewesen, im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems weiterhin auf die Einhaltung der Standards mit Blick auf das Dublin-System zu drängen. Die vereinbarten Verfahrensstandards müssten einheitlicher umgesetzt werden. Sie sage zu, dass, wie der andere Vertreter des Staatsministeriums bereits dargelegt habe, dem Ausschuss der betreffende Antrag zur Verfügung gestellt werde.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/7122 Kenntnis zu nehmen.

27. 07. 2015

Rita Haller-Haid